



Kalt ist es geworden

Sehr geehrte Damen und Herren
Geschätzte Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde

Nach einem genussvollen langen und warmen Herbst ist es in den drei Wochen der Wintersession deutlich kälter geworden. Jetzt, kurz vor Weihnachten, hat der Winter Einzug gehalten. Doch das frostige Klima im Bundeshaus hat leider wenig mit der Jahreszeit, sondern viel mit der aktuellen Machtverteilung im Parlament zu tun. In diesem Newsletter möchte ich Ihnen/Dir einen aktuellen Einblick in meine Arbeit im Nationalrat geben:

Leistungsabbau auf Kosten der Stellenlosen

Die lange Debatte um die Arbeitslosenversicherung war geprägt von zwei unterschiedlichen Ansichten: Auf der einen Seite haben wir Sozialdemokratinnen und –demokraten zusammen mit den Grünen darum gekämpft, dass kein Leistungsabbau betrieben wird. Dafür haben wir uns für eine Erhöhung der Lohnabzüge eingesetzt, die schon lange fällig gewesen wäre. Auf der anderen Seite war die vereinte bürgerliche Front. Sie wollen die Bezugsdauer für die Taggelder kürzen, die Zumutbarkeit verschärfen und gleichzeitig die Lohnabzüge nur minimal angehoben. Die Vorlage wird vermutlich in der Frühjahrsession zu Ende beraten. Wenn sie nicht wesentlich verbessert wird, müssen wir uns auf einen Referendumskampf gefasst machen. Die Arbeitslosenversicherung soll auch in Zukunft ihren Auftrag erfüllen können und den Menschen, die ihre Arbeit verlieren, tatsächlich Sicherheit bieten.

Krankenkassen: Keine zusätzliche Prämienverbilligung

Die dringlichen Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen wurden ebenfalls nicht zu Ende beraten. Was von diesem Paket übrigbleiben wird, steht im Moment noch in den Sternen. Gestrichen ist glücklicherweise die von Bundesrat Couchepin geplante Praxisgebühr, die bei jedem Besuch eines Arztes oder einer Ärztin hätte bezahlt werden müssen. Kaum Einsparungen werden bei den Medikamentenkosten anfallen: Einmal mehr hat sich eine starke Lobby erfolgreich gegen griffige Massnahmen gewehrt. Definitiv gestrichen sind die zusätzlichen 200 Mio Franken, die der Bundesrat in die Prämienverbilligungen investieren wollte. Die starken Prämien erhöhungen des kommenden Jahres werden also nicht zusätzlich abgedeckt.

Die Folgen des Minarett-Verbotes

Am meisten beschäftigt hat die Politik für einmal jedoch ein Geschäft, das gar nicht auf der Traktandenliste stand. Das Ja zur Minarettinitiative hat mich erschreckt. Dieses eindeutige

Abstimmungsergebnis sehe ich als ein Auftrag an die Politik und vor allem an die Linke. Wir müssen versuchen, den Gründen auf die Spur zu kommen. Wir müssen wissen, warum 57% der Abstimmenden eine Verfassungsbestimmung gutgeheissen haben, die den Bau von Minaretten verbietet. Klar ist eines: Um die Minarette geht es nicht. Es geht um das Zusammenleben mit Menschen, die einer uns fremden Religion angehören. Es geht um Ängste und Sorgen. Wenn es uns nicht gelingt, das Unbehagen der Bevölkerung zu verstehen und zu erfassen, wird es uns auch nicht gelingen, die richtigen Antworten zu geben. Die Minarettinitiative war nicht die richtige Antwort. Sie wurde aber offensichtlich von vielen Stimmenden als Ausdrucksmöglichkeit für eine ganze Reihe von offenen Fragen gewertet. Schon bald werden wir zu einer weiteren Initiative Stellung beziehen müssen, die Scheinantworten gibt. Viel Zeit haben wir nicht, die Lehren aus der Abstimmung zur Minarettinitiative zu ziehen. Als Mitglied der staatspolitischen Kommission habe ich die Möglichkeit, mich früh in diese Diskussion einzumischen. Als erstes werden wir die Frage klären müssen, ob die Initiative als gültig erklärt werden soll oder nicht. Mit meinem heutigen Kenntnisstand gehe ich davon aus, dass die Initiative zwingendes Völkerrecht verletzt. Wenn das so ist, muss sie für ungültig erklärt werden.

In der Session habe ich eine Reihe von neuen Vorstössen eingereicht:

Für eine bessere Integration von Menschen mit psychischen Krankheiten

Ich will vom Bundesrat in einer Interpellation wissen, welche Strategie das Bundesamt für Sozialversicherungen für die Integration von Menschen mit psychischen Krankheiten verfolgt. Eine Studie, die sich vertieft mit der Fragestellung auseinandergesetzt hat, liefert aus meiner Sicht wichtige Informationen, die vom BSV zur Kenntnis genommen und aus denen die notwendigen Schlüsse gezogen werden sollen.

Gegen Scheinselbstständigkeit und für eine qualitativ gute häusliche Pflege

Dann habe ich zwei Vorstösse eingereicht, die sich mit Fragen rund um die Personenfreizügigkeit beschäftigen. In einer Interpellation will ich vom Bundesrat wissen, was gegen die Scheinselbstständigkeit getan wird. Es werden immer häufiger Fälle aufgedeckt, in denen Personen sich als Selbständigerwerbende ausgeben, obwohl sie es nicht. So können Gesamtarbeitsverträge und Mindestlohnvorschriften umgangen werden. Ich bin gespannt auf die Antwort des Bundesrats. Weiter verlange ich mit einem Postulat einen Bericht, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der häuslichen Pflege geregelt werden sollen. Mir liegt daran, dass Frauen und Männer, die Betagte in ihren Wohnungen und Häusern pflegen, anständige Arbeitsbedingungen haben und gleichzeitig ist mir wichtig, dass die Betreuten eine qualitativ gute Pflege und Betreuung erhalten.

Für den interkulturellen Dialog

In einer weiteren Interpellation will ich vom Bundesrat wissen, wie es mit der Interkulturellen Übersetzung weitergehen soll. Der Bund hat bis anhin die Ausbildung der Interkulturellen Übersetzerinnen unterstützt. Diese helfen Fremdsprachigen im Umgang mit Behörden und

unterstützen mit ihren Übersetzungen das gegenseitige Verständnis. Neu soll diese Aufgabe von den Kantonen übernommen werden. Solche Übergänge sind oft schwierig - so vermutlich auch in diesem Fall.

Fragen zum Ausschaffungsverfahren von AsylbewerberInnen

Ein Thema, das mich schon länger beschäftigt, ist der Umgang der Migrationsämter mit den Nichteintretensentscheiden. Verschiedentlich habe ich gehört, diese würden den betroffenen AsylbewerberInnen erst auf dem Weg zum Flughafen eröffnet, wenn man sie auszuschaffen versucht. Dass so den Betroffenen nicht mehr möglich ist, den ihnen zustehenden Rechtsweg zu beschreiten, scheint mir klar. In einer Interpellation stelle ich dem Bundesrat eine Reihe von Fragen zu diesem Vorgehen.

Forschungslücken zu Gewalt in Paarbeziehungen

Der letzte Vorstoss, den ich eingereicht habe, betrifft die Gewalt in Paarbeziehungen. Mit einer Motion fordere ich den Bundesrat auf, vorhandene Forschungslücken zu schliessen. Noch zu wenig sind die Ursachen von Gewalt in Paarbeziehungen erforscht. Diesen Vorstoss habe ich am 10. Dezember eingereicht. Damit setzte ich am Ende der Aktionstage „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ bewusst ein Zeichen, genauso wie ich es zu Beginn dieser Aktionstage an einer Veranstaltung in Basel getan habe. Gewalt an Frauen ist nicht tolerierbar. Nie und nirgends. In wenigen Tagen geht ein arbeits- und ereignisreiches Jahr zu Ende. Ich werde die ruhigen Feiertage nutzen, um Energie zu tanken. Energie, die ich im kommenden Jahr brauchen werde. Es gibt noch viel zu tun. Ihnen und Euch wünsche ich von Herzen friedliche Feiertage und einen fulminanten Start ins Jahr 2010.

Ihre Silvia Schenker